

Die Flucht

mn. Wunderbar, all die Schokoladen, die Lebkuchen, die Geschenkideen, das glitzernde Einstimmen auf Weihnachten. Dem Fest der Liebe. Dem Fest der Familie. Dass die Einlullung bereits Ende Oktober beginnt, dient der Wirtschaft, wie auch der Politik. Es soll uns Wohlbefinden suggerieren. Die Bevölkerung hat bereits genug „gelitten“, der Wahlkampf wurde vom Klima und Foodwaste dominiert. Wir alle wissen, es kommen happige Änderungen auf uns zu. Für immer mehr Menschen wird das Geld knapp, der Komfort sinkt. Damit wir nicht aufwachen, werden wir bereits im Oktober und massiv im November mit Süsse, mit klebrigem Wohlbefinden überossen. Die heile Welt die wir uns vorlügen, gibt es nicht!

Ein Abwehrmechanismus, der mich nervt, ist die Schuldzuweisung an „die Fremden“. Jene die zu viele Kinder produzieren, jene die den Weg in unser Land finden. Jene die arm sind und den Behörden, den Gesetzen und den Nachbarn vollkommen ausgeliefert sind. Wir nennen sie abschätzig Wirtschaftsflüchtlinge und machen ihnen Tag und Nacht das Leben schwer.

Küstenländer

In Griechenland verschlechtert sich die Lage. Wir wissen es. Wie auch in Italien, in Malta und in Spanien. In diesen Ländern betreten die meisten Geflüchteten das erste mal europäischen Boden. Sie werden eingesammelt und in Lager gepfercht. Wenn es mal explodiert und furchtbare Bilder für einige Sekunden am TV zu sehen sind, folgt rhetorisches aus Politikermund und es wird flugs irgendwas organisiert. In Griechenland wurde nach dem verheerenden Brand im überfüllten Registrierungslager Moria auf der Insel Lesbos einige hundert Menschen in kleinere Lager in Nordgriechenland verlegt. Ein Tropfen auf einen glühenden Stein, denn alle Lager sind überfüllt. In Moria leben mindestens 14'000 Menschen. Das Lager bietet jedoch nur Platz für 3000 Menschen.

Das Lager Vathy an einem Steilhang auf Samos wurde für 650 Menschen eingerichtet, es leben jedoch über 6000 Menschen auf dieser Fläche.

Der Winter wird für die Menschen gnadenlos. Nicht nur in Griechenland, dessen eigene Be-

völkerung am Limit lebt. Für viele Geflüchtete ist die „Balkanroute“ der nächste Weg.

Schweiz besinnt sich ihrer humanitäre Ausrichtung

Gerade eben wird die „grösste“ humanitäre Direktaktion zwischen der Schweiz, vertreten durch die DEZA, und Griechenland abgeschlossen. Die Schweiz spendet 600 Familientaugliche Winterzelte für 3000 Flüchtlinge. Auch mehrere hundert Betten aus Armeebeständen, Isoliermatten und Decken wurden in das griechische Lager Moria gefahren. Immerhin, oder endlich hat die offizielle Schweiz begriffen, das Abwehren, Abschottern die falsche Strategie ist.

Allein auf den griechischen Inseln sind mindestens 30'000 Menschen in Lagern interniert. Sie alle dürfen die jeweilige Insel nicht verlassen. Dazu kommen noch jene die auf dem Festland sind und all jene die es geschafft haben unterzutauchen.

Griechische Regierung generalstabsmässig am Gesetze verabschieden

Der neue Ministerpräsident, **Kyriakos Mitsotakis**, will die Wirtschaft ankurbeln. Er hat mehrere Steuern - auch zugunsten von Geringverdienenden - gesenkt. Die Polizei wurde aufgestockt und mit mehr Kompetenzen ausgestattet.

Die kostenlose medizinische Versorgung für Flüchtlinge wurde abgeschafft. Flüchtlinge berichten von Misshandlungen, von erstarrender Polizeigewalt.

Und die Gewalt, die Repression, die Ausgrenzung geht weiter, denn die Balkanroute nach Westeuropa führt immer noch durch Länder deren Regierungen, ihre ausführenden Organe und ein Grossteil der Bevölkerung sich bisher nicht durch Mitmenschlichkeit auszeichnen.

Es treffen Männer aufeinander die, ob Europäer oder Afghanen, Iraker, Syrier oder Nordafrikaner, mit einem ähnlich verqueren, gewaltbeladenem Männerbild indoktriniert sind.

Helfen oder Profit machen

In Griechenland, aber auch in Italien haben viele Menschen ihr wenig mit den Geflüchteten geteilt. Es mag nicht die Mehrheit sein, aber wer das Elend vor Ort sieht, muss sein Herz schon sehr verschliessen, um dem Bedürfnis nicht nachzugeben, einem einzelnen mit einer Mahlzeit, etwas Geld, Zigaretten, Kleidung, etwas Linderung in der stressigen Situation zu bieten. Natürlich wehren sich die Einheimischen. Der nicht endende Menschenstrom überflutet ganze Regionen. Erstickt das Leben, verdrängt den Tourismus, eine der letzten Einnahmequellen. Da ist Widerstand, Ablehnung vorprogrammiert. Clevere Häuser- und Hotelbesitzer haben ihre Zimmer der Regierung für die Geflüchteten vermietet. Das bringt viel mehr Geld ein als ein abgewirtschaftetes Hotel für Touristen zu vermieten.

Diese Situation kennen wir auch in der Schweiz. Manch Eigentümer verwaarloster Liegenschaften pferchte Flüchtlinge in ka-



Foto: „Refugees welcome on Seawatch 2“
Brainbitch@flickr.com

tastrophale Behausungen und kassierte viel Geld vom Staat.

Dass die Erstländer nicht mit dem Flüchtlingsproblem alleine gelassen werden dürfen, wurde zähneknirschend zur Kenntnis genommen. Deals mit Libyen und der Türkei wurden abgeschlossen. Auch die inneren EU-Länder versicherten mehr Flüchtlingen aufnehmen zu wollen.

Es klemmt

In Griechenland beträgt die Wartezeit zwei Jahre bis ein Asylantrag bearbeitet wird. Abgemacht war, dass abgelehnte Asylbewerber in die Türkei speditiert würden.

Es floss viel Geld und viele Versprechungen von der EU in die Türkei. Gemeinsam mit der **Asyl-Agentur EASO**, der Grenzschutz-Behörde **Frontex** - die ihren Wirkungsbereich bis nach Albanien, einem Nicht-EU-Land ausgeweitet hat - und mehr Personal wollte man die Überfahrt der Schlauchboote über das Mittelmeer eindämmen. Die sogenannte Balkanroute über Bosnien-Herzegowina und Slowenien sollte dicht gemacht werden. Das funktionierte einige Monate, dann schwoll der Strom wieder an. Angeblich habe die

Türkei als Druckmittel die Grenzkontrollen gelockert.

Umsiedlungen sind geplant

Bis jetzt wurden über 2000 Menschen in die Türkei abgeschoben. Die EU versprach für jeden abgelehnten Asylbewerber den die Türkei aufnehme, bekomme ein Syrer Asyl in einem EU-Land. Angepeilt waren 72'000 Menschen. Bisher haben 25'000 Menschen den Freifahrtschein erhalten. Bald vier Millionen Menschen sind in der Warteschlange.

Derweilen jagt eine Sitzung die andere und alle Beamten und Politiker schieben sich gegenseitig die Schuld zu, respektive können sich vom Detail bis hin zum Verteilschlüssel nicht einigen. Deutschland hat immerhin 8600 Menschen aufgenommen.

Polen, Ungarn, Irland, Grossbritannien und Dänemark nehmen keine Flüchtlinge auf die aus der Türkei kommen.

Erpressung versus Versprechen

Nach der Invasion, dem Überfall der Türkei auf Rojava, drohte Erdogan die Tore aufzumachen und alle Flüchtlinge in die EU zu schicken. Diese Drohung hat einen rea-

len Hintergrund. Die Abmachungen die im Rahmen der Umsiedlung der abgewiesenen Asylbewerber gemacht wurden, hat die EU verschleppt oder nicht eingehalten.

Dazu zählt das Visafreie Reisen für Türken in die EU, Beitrittsverhandlungen in die EU, Reformen der Zollunion mit der Türkei und JA, es geht natürlich auch um Geld. Sechs Milliarden Euro hätte die EU überweisen sollen. Von dem Geld ist bisher knapp ein Drittel geflossen. Direkt zu den Hilfswerken vor Ort, statt in den türkischen Staatssäckel. Das passt der Regierung gar nicht. Sie wollen das Geld direkt auf ihren Konten haben.

Auf dem Mittelmeer geht das Sterben weiter

Auf dem Mittelmeer ist die Lage prekär. Die derzeitige Losung lautet, dass kein Rettungsschiff an einem italienischen Hafen anlegen darf. Auch Malta reagiert hart und lässt Rettungsschiffe wochenlang warten bevor sie den Hafen ansteuern dürfen.

Vor einigen Wochen lasen wir über die Kapitänin **Carola Rackete**, die trotzdem im Hafen von Lampedusa anlegte. Natürlich illegal. Denn Seenotrettung wurde verboten.



Foto: „Seawatch 2“ Brainbitch@flickr.com

Das mag eine Mehrheit gut finden, doch es gibt die anderen, die es mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren können. Jene die sich für die zivile Seenotrettung von Flüchtenden an Europas Grenzen einsetzen. Jene die Beamtenwillkür, Migrationspolitische Interessen und Unmenschlichkeit trotzen.

Das menschliche Elend direkt erleben

Mehrere Vereine und Organisationen kümmern sich konkret um die Menschen, die sonst ertrinken würden. Unter anderem sind das der deutsche Verein sea-watch.org, die spanische Hilfsorganisation openarms.es, watchthemed.net und das Netzwerk Alarmphone.org

Gewalt gegen Helfer*innen

Alle freiwilligen Mitarbeiter*innen erleben hautnahe was auf dem Mittelmeer herum-schaukelt oder kentert und leisten Nothilfe. Zusätzlich wird alles dokumentiert und ins Netz gestellt.

Die Helfer*innen erleben immer häufiger gegen sie gerichtete Gewalt. Ende Oktober wurde die Crew der Rettungsschiffes *Alan Kurdi* bei einer Rettungsmission bedroht

und von bewaffneten Schnellbooten unter libyscher Flagge beschossen. Es wird auch auf die Menschen die im Meer um ihr Leben schwimmen geschossen. Es scheint so, dass die Angreifer die Flüchtlinge auf das Schnellboot ziehen wollten, um sie wieder nach Libyen zu verfrachten. Erst nach zwei Stunden konnten 91 Flüchtlinge aus dem Wasser gerettet werden.

Die Filmaufnahmen sind auf der Webseite von sea-eye.org abrufbar.

Natürlich hat Libyen bestritten in diesem Überfall verwickelt zu sein und Deutschland hat Libyen ermahnt gewaltfrei zu agieren.

Die libysche Küstenwache erhält Geld von der EU damit sie Flüchtlinge an der Überfahrt hindert oder sie abfängt bevor sie die EU erreichen. Innert neun Monaten (Januar bis September 2019) wurden 7000 Flüchtlinge gehindert das Mittelmeer mit Schlauchbooten zu überqueren. In derselben Zeit sind mindestens 700 Menschen ertrunken.

Der „Sea-Eye“-Sprecher kommentierte: **„Wenn eine Kapitänin Menschen rettet, dann droht ihr die Verhaftung. Wenn**

libysche Milizen ein deutsches Rettungsschiff attackieren, dann bleibt es bei der Äußerung von Besorgnis und im besten Fall bei einer Ermahnung der Partner.“

Berichtet wird auch, dass vor allem Malta immer wieder die Rettung sabotiert, bis die libysche Küstenwache mit ihren Booten vor Ort ist, die Menschen aufgreift und nach Libyen zurück bringt.

Die Organisation Alarmphone.org, welche die Aktion dokumentierte und publik gemacht hatte, fasst die Ereignisse wie folgt zusammen:

Die Abschreckungspolitik Europas gegen Geflüchtete hat einen neuen Höhepunkt erreicht. Libysche Truppen, die erwiesenermassen an Menschenrechtsverletzungen beteiligt sind, dürfen in europäischen Gewässern operieren, um Menschen in Folterlager zurückzubringen. Dies ist nicht das erste Mal, dass es passiert ist, aber das erste Mal, dass es vollständig dokumentiert wurde.

Auch in Malta sind die Lager hoffnungslos



Foto: Rojava@flickr.com

überfüllt, die Behörden überfordert und alle sind verzweifelt.

- Ende September berichtete die Luftaufklärung von sea-watch, über mindestens 17 Notfälle mit über 750 Schiffbrüchigen binnen fünf Tagen.
- Mitte Oktober erlaubte Italien dem Rettungsschiff Ocean Viking 176 Flüchtlinge an Land zu bringen. Dieses wird von **SOS Méditerranée** und von **Ärzte ohne Grenzen** betrieben.
- Ende Oktober durfte das Rettungsschiff Ocean Viking nach 2 Wochen Blockade mit 104 Menschen in Sizilien anlegen. Insgesamt 70 dieser Flüchtlinge werden nach Deutschland und Frankreich gebracht.

Jetzt haben die Regierungen wieder ein neues Thema für diverse Sitzungen, nämlich den einen „Verhaltenskodex“ im Umgang mit der Seenotrettung auszuarbeiten.

Dafür eignet sich die Winterzeit in wohligen warmen Sitzungsräumen und bequemen Hotelzimmern wirklich gut.

Denn es sind noch viel mehr Menschen auf

der Flucht. Beispielsweise die Kurden, aber auch syrische Frauen, Kinder und Männer die auf der Flucht vor Milizen sind. Gejagt werden alle. Vom Irak nach Syrien, von Syrien in den Irak. Nicht mal mehr die Flüchtlingslager sind sicher. Die Dschihadistenmiliz der türkischen Armee kann sich nach Herzenslust austoben. Was der IS nicht geschafft hat, erledigen nun die türkischen Krieger und die syrische nationale Armee mit Artillerie, Drohnen und Panzer. Dorf für Dorf wird überfallen, geplündert und die Bewohner*innen ermordet.

In der irakisch-kurdischen Autonomieregion lebt bereits über eine Million Flüchtlinge und eine weitere halbe Million ist dahin unterwegs. Einige versuchen nach Jordanien oder in den Libanon zu gelangen. Doch auch dort ist alles vollgestopft mit Flüchtlingen. In der Türkei hätte es hingegen noch sehr viel Platz, aber nicht für die Kurden. Denn die sind neuerdings wieder zu Terroristen mutiert.

Dennt man das ethnische Säuberung?

Die Vorsitzende vom kurdischen Roten Halb-

mond, **Cemila Heme**, sagt in einem Statement:

Wir haben die Menschheit vor dem IS geschützt. Andere haben Gesetze gemacht, die Menschen und Krankenhäuser im Krieg schützen sollen und nun sind sie es, die die Gesetze nicht befolgen - es brennen unsere Krankenhäuser, sie greifen die Krankenwagen an, ermorden unsere Mitarbeiter*innen und werfen sie in die Kanalisation."

Quellen

Deutschlandfunk.de

Sea-Watch.org

Heise.de

Antira.org

Alarmphone.org

eda.admin.ch

Das Team vom **TAXI-Magazin** würde sich über **weitere AutorInnen** freuen. Interessiert sind wir an **Reportagen, Interviews, Berichten und Porträts**. Kontakt: redaktiontaxi@gmx.ch

Sterben auf dem Mittelmeer stoppen!



Petition für eine rasche und dezentrale Aufnahme von Bootsflüchtlingen in der Schweiz

Die Unterzeichnenden fordern Bundesrat und Parlament auf, umgehend Massnahmen zu ergreifen, damit Menschen in Seenot auf dem Mittelmeer gerettet sowie rasch und dezentral aufgenommen werden.

1. **Die Schweiz** soll sich am **Aufbau eines europäisch organisierten und finanzierten zivilen Seenotrettungssystems** beteiligen.
2. **Die Schweiz** soll **sich für eine Verteilung von Menschen einsetzen**, die aus Seenot gerettet werden. Dabei werden **humanitäre und rechtsstaatliche Grundsätze** eingehalten.
3. **Der Bundesrat und das Parlament** sollen die **rechtlichen Grundlagen schaffen**, die eine **rasche und dezentrale Aufnahme von Bootsflüchtlingen** in der Schweiz ermöglichen.

| Vorname | Name | (Email) Adresse | Unterschrift | Keine Infos |
|---------|------|-----------------|--------------|-------------|
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |
| | | | | |

Wir können nicht darüber hinwegsehen: 2018 sind laut Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNCHR) mindestens 2275 Menschen ertrunken beim Versuch, das Mittelmeer zu überqueren. Bis zum Flüchtlingstag, dem 20. Juni 2019, kamen nach Angaben der Internationalen Organisation für Migration (IOM) mindestens weitere 597 Menschen hinzu. 3018 Menschen versuchten laut UNHCR 2019, Europa von Libyen aus zu erreichen, wurden jedoch wieder dorthin zurückgebracht. Dabei ist allen klar: Menschen, die nach Libyen zurückgeschafft werden, sind schwersten Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt. Libyen kennt kein Asylsystem, hat die Genfer Flüchtlingskonvention nicht ratifiziert und ist von einem Bürgerkrieg bedroht, bei dem gemäss UNHCR allein im Monat April 2019 über 80 000 Personen intern vertrieben wurden. Seit über zwei Jahren behindert vor allem die italienische Regierung die zivile Seenotrettung massiv. Zivile Rettungsschiffe werden immer mehr daran gehindert, gerettete Bootsflüchtlinge an Land zu bringen. Tage- und wochenlang müssen sie im Mittelmeer ausharren. Frankreich, Deutschland, Spanien, Malta, Portugal, Holland, Finnland und Luxemburg haben sich in solchen Situationen zur Aufnahme bereit erklärt, nicht aber die Schweiz.

Es ist Zeit zu handeln

Immer mehr Menschen wollen dem hierzulande nicht mehr ohnmächtig zuschauen. Sie haben mit Kundgebungen und Appellen ihren Willen und ihre Bereitschaft erklärt, die Opfer dieser erbärmlichen Politik hier aufzunehmen und menschenwürdig unterzubringen.

Wir erwarten von Bundesrat und Parlament, dass sie uns dabei unterstützen. Wir bitten Sie deshalb dringend, die von der SP-Nationalrätin Mattea Meyer eingereichte **Motion 19.3479 – Sterben auf dem Mittelmeer stoppen!** mit Ihrer Unterschrift unter diese Petition zu unterstützen. Die Motion wird von Vertreter*innen praktisch aller Parteien unterstützt.

Trägerorganisationen: Solidaritätsnetz Basel, Solidaritätsnetz Bern, Solinetz Luzern, Solidaritätsnetz Ostschweiz, Solidaritätsnetz Zürich, Solidarité sans Frontières, Schweizerische Flüchtlingshilfe - SFH, netzwerk migrationscharta.ch, Jesuiten Flüchtlingsdienst Schweiz, Demokratische JuristInnen Schweiz, Frauen für den Frieden, Acat Schweiz, African Diaspora Council of Switzerland, Schweizerische Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht, African Foundation for Migration and Development - AFMD, Netzwerk Asyl Aargau, Freiplatzaktion Basel, Frei Platz Aktion Zürich, Anlaufstelle für Sans Papiers Basel, Beobachtungsstelle für Asyl- und Ausländerrecht Ostschweiz, Kirchliche Kontaktstelle für Flüchtlingsfragen – KKF, Ökumenischer Mittagstisch für Asylsuchende mit Nothilfe und Sans-Papiers Bern, Bereich Migration & Integration Katholische Kirche Luzern, Ref. Kirchgemeinde Wohlen b. Bern

Kontakt: petition@solidaritaetsnetzbern.ch

Spenden: PC 30-656992-8, IBAN CH15 0900 0000 3065 6992 8, Verwendungszweck: Bootsflüchtlinge

Auch nicht vollständig unterzeichnete Petitionsbögen bis am 10. Dezember 2019 zurücksenden an: Solidaritätsnetz Bern, Bümplitzstrasse 23, 3027 Bern.